

# Erinnerung und Mahnung zugleich - Otto Wels



23. März 1933



Unter Bedrohung von Leib und Leben begründete Otto Wels heute vor 86 Jahren in einer mutigen Rede das „Nein“ der Sozialdemokraten zum sog. Ermächtigungsgesetz. Sein Mut wird uns immer Auftrag bleiben, Freiheit und Demokratie gegen alle zu verteidigen, die sie bekämpfen wollen.

## Wer war Otto Wels ?

**Otto Wels** wurde als Sohn eines Gastwirts in Berlin geboren. 1891 trat er in die SPD ein und begann gleichzeitig eine Lehre als Tapezierer. Nach Abschluss der Lehre arbeitete er in Berlin, Regensburg und München. Von 1895 bis 1897 leistete er Militärdienst.

Wels besuchte die Parteischule der SPD und begann sich 1906 hauptamtlich politisch zu engagieren. Er wurde für den *Verband der Tapezierergewerkschaft* aktiv. Von 1907 arbeitete er als Parteisekretär in Brandenburg und gleichzeitig in der Pressekommission des *Vorwärts*.

Seine Parteiarbeit war erfolgreich, so dass er 1912 für den Wahlkreis Calau-Luckau in den Reichstag einzog und ein Jahr später auf Vorschlag August Bebel in den SPD-Parteivorstand wechselte. Nach der von ihm eröffneten Reichstagssitzung am Morgen des 9. November 1918 folgte er einer Bitte der Naumburger Jäger ihnen die politische Lage zu erläutern. Bis zu diesem Zeitpunkt war er kein die SPD prominent nach außen vertretender Abgeordneter gewesen. Alexander von Linsingen, Oberbefehlshaber und Gouverneur von Berlin, war am Morgen dieses Tages noch zuversichtlich, dass nichts verloren wäre, solange Berlin gehalten würde. Vorsorglich hatte er in den Tagen vorher als besonders kaisertreu geltende Truppenteile, wie die Naumburger Jäger, zur Verstärkung in die Stadt geholt. Auf dem Hof der Alexanderkaserne kam er vor den angetretenen Jäger der Bitte nach. Hierbei überzeugte er sie, dass sie um einen Bürgerkrieg zu vermeiden nicht schießen dürften. Im Anschluss an die Rede liefen die Soldaten des Jägerbataillons als erste zu den Aufständischen über. Am Ende des Tages war es Wels, der beflügelt von seinem Erfolg an jenem Tage noch in anderen Kasernen redete, zu verdanken, dass nur 15 Menschen starben.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er am 9. November 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin, wo er sich dafür einsetzte, dass neben der SPD auch die USPD gleichberechtigt vertreten war, und wurde am nächsten Tag Stadtkommandant von Berlin. Als Stadtkommandant gab er am 6. Dezember 1918 den Befehl, das Feuer auf demonstrierende Spartakisten zu eröffnen, was 16 Todesopfer zur Folge hatte. Außerdem war er in dieser Position maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt, die zur Räumung des Berliner Stadtschlusses durch die Volksmarinedivision führen sollten. Da diese Verhandlungen nicht wie von den Meuterern erwartet verliefen, wurde er schließlich vom 23. bis zum 24. Dezember 1918 von meuternden Matrosen im Marstall festgesetzt und misshandelt. Angriffe von regulären Truppen auf Schloss und Marstall, die sogenannten Weihnachtskämpfe, blieben erfolglos. Verhandlungen mit den Meuterern führten zu einer Kompromisslösung: Die Volksmarinedivision räumte Schloss und Marstall und ließ Wels frei, der aber vom Posten des Stadtkommandanten zurücktreten musste; außerdem erhielt die Volksmarinedivision ihren ausstehenden Sold und blieb als Truppe erhalten.

Ab 1919 war Wels Parteivorsitzender der SPD und erhielt einen Sitz zuerst in

der Nationalversammlung, danach im neuen Reichstag. Er gehörte dem „Ausschuß zur Vorberatung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs“ der Nationalversammlung an.

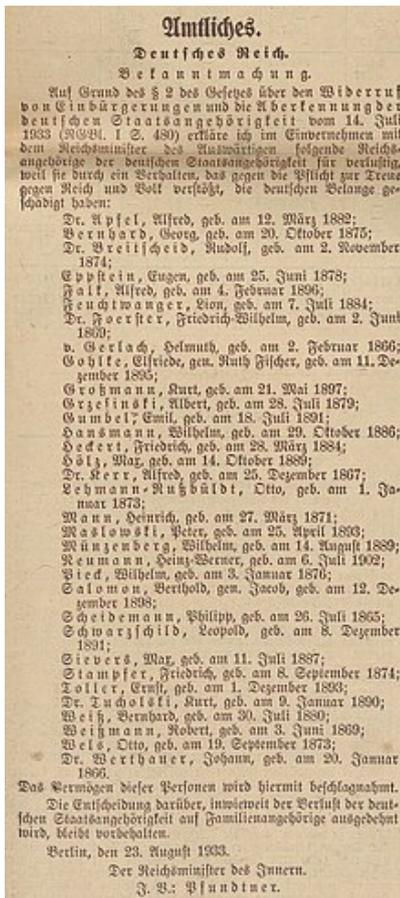


Wels spricht 1932 bei einem Aufmarsch der Eisernen Front im Berliner Lustgarten.

Wels leitete zusammen mit Carl Legien den Generalstreik während des Kapp-Putsches und erzwang danach den Rücktritt Gustav Noskes. Er setzte sich maßgeblich für die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und später der Eisernen Front ein. Er saß ebenfalls im Vorstand der Sozialistischen Arbeiterinternationalen.

Wels befürwortete die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber dem Reichskanzler Heinrich Brüning. Er war nach dem Preußenschlag gegen die Regierung Otto Braun gegen einen Generalstreik. Im Herbst 1932 allerdings befürwortete er den Generalstreik und untersagte jegliche Verhandlungen der SPD mit der Regierung Kurt von Schleicher.

Kurz nach der Machtübernahme der NSDAP (30. Januar 1933), der Reichstagswahl (5. März 1933) und der ersten Verhaftungswelle übernahm Wels es für die SPD, die Ablehnung des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) zu begründen, welches die nationalsozialistische Diktatur etablierte. Er tat dies trotz der bereits einsetzenden Verfolgung und der Anwesenheit von SA-Männern im Saal mit einer klaren Absage an den Nationalsozialismus am 23. März 1933. In dieser letzten freien Rede im Deutschen Reichstag sagte er: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“



Otto Wels wurde bereits auf der ersten Ausbürgerungsliste vom 25. August 1933 nach der NS-Machtübernahme aufgelistet

Alle 94 anwesenden SPD-Abgeordneten stimmten gegen das Gesetz. Die 81 Mandate der KPD waren aufgrund der nach dem Reichstagsbrand erlassenen *Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat* durch die Hitlerregierung bereits am 8. März annulliert worden. Die restlichen Abgeordneten des Reichstags stimmten für das Ermächtigungsgesetz. Adolf Hitler antwortete auf die Rede von Otto Wels: „Ich will auch gar nicht, dass Sie dafür stimmen. Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie.“ In den Wochen danach wurden er und Rudolf Breitscheid von Konstantin von Neurath als Beispiele zitiert, dass ausländische Presseberichte über Terror der Nazis gegenüber Andersdenkenden nur Verleumdung seien.

Im Mai 1933 sandte der Parteivorstand Wels unter dem Eindruck des SA-Schlages gegen die Gewerkschaften nach Saarbrücken im noch französisch besetzten Saargebiet. Wenig später verlegte der Exilvorstand der SPD seinen Sitz nach Prag.<sup>[10]</sup> Im August 1933 erkannte die nationalsozialistische

Regierung in der ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs Wels die deutsche Staatsangehörigkeit ab.

In Prag baute Wels die Exilorganisation der SPD (Sopade) auf. Infolge des Münchener Abkommens musste der Exilvorstand Prag verlassen und begab sich Ende 1938 nach Paris, wo Wels am 16. September 1939 im Alter von 66 Jahren starb.



Göttingen-Weende, Otto-Wels-Weg

In mehrerer deutschen Städten sind Straßen, Plätze und Schulen nach Otto Wels benannt. In Hamburg erinnert die Otto-Wels-Straße an ihn.

Zum 70. Todestag wurde am 16. September 2009 eine Gedenk-Steile im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick der Öffentlichkeit übergeben. Dabei würdigte der ehemalige SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder die Verdienste und den Mut des Sozialdemokraten durch seinen Einsatz bei der letzten freien Reichstagssitzung im März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz der NSDAP.

Am 23. März 2017 gab Bundestagspräsident Norbert Lammert bekannt, dass das vom Bundestag genutzte Gebäude Unter den Linden 50 von nun an „Otto-Wels-Haus“ heißen wird.

Wikipedia®

---

**Stenografisches Protokoll der Rede (Faksimile) in den Protokollen des Reichstags**

(**Sittler**, Reichskanzler.)

(A) blutig verlaufen wie die der Erhebung des deutschen Volks in diesen Wochen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Es ist mein Wille und meine feste Absicht, für diese ruhige Entwicklung auch in Zukunft zu sorgen. Allein um so nötiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die in einer solchen Zeit allein geeignet ist, eine andere Entwicklung zu verhindern.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Die Regierung beabsichtigt dabei, von diesem Gesetz nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstags noch des Reichsrats soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt; die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen, wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein.

(Bravo! rechts.)

Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz die Zustimmung zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr aber besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. Sie zieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien des Reichstags die Möglichkeit einer

(B) ruhigen deutschen Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Befundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstands entgegenzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten. — Beifall bei den Deutschnationalen. — Heil-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

**Präsident Göring:** Ich schlage vor, daß das Haus sich nach dieser Erklärung der Reichsregierung, die wie keine andere die Probleme aufgezeigt und ihre Lösung angezeigt hat, nach diesem Dokument der deutschen Entwicklung auf die Dauer von zwei Stunden vertagt und daß wir die nächste Sitzung in zwei Stunden ansetzen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Effer (Eusfirchen).

**Effer (Eusfirchen) (Z), Abgeordneter:** Der Ältestenrat hat sich in seiner heutigen Sitzung einstimmig dahin verständigt, daß die Unterbrechung der Sitzung drei Stunden dauern soll und daß nach dieser Pause, also noch im Laufe des Tages, die Besprechung der Regierungserklärung und die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in drei Lesungen erfolgen soll. Ich bitte, es bei dieser Vereinbarung des Ältestenrats zu belassen.

**Präsident Göring:** Dann schlage ich vor, die Sitzung auf drei Stunden zu unterbrechen und den Wiederbeginn auf 6 Uhr 15 Minuten anzusetzen.

(Unterbrechung der Sitzung von 3 Uhr 12 Minuten bis 6 Uhr 16 Minuten.)

(Die nationalsozialistischen Mitglieder stimmen das Deutschland-Vied an, in das die Versammelten begeistert einstimmen.)

**Präsident Göring:** Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir beginnen mit der

Besprechung der **Regierungserklärung** in Verbindung mit der

ersten Beratung des Antrages Dr. Fried, Dr. Oberfohren u. Gen. (Nr. 6 der Druckfachen).

Das Wort hat der Abgeordnete Wels.

**Wels (SPD), Abgeordneter:** Meine Damen und Herren! Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verteidigt haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) (D)

Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: »Aus dem Aberwiz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahmwiz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft.« Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht minder.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie der Herr Reichskanzler sagte, ein Aberwiz.

Das Wort des Herrn Reichskanzlers erinnert uns aber auch an ein anderes, das am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung gesprochen wurde. Da wurde gesagt: »Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos.«

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Oewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel. Aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, da es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unser Glaube bis zum letzten Atemzug.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Nationalsozialisten: Wer hat das gesagt?)

(Weis (SPD), Abgeordneter.)

- (A) — Das steht in einer Erklärung, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung damals im Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt abgegeben hat, vier Stunden bevor der Waffenstillstand abgelaufen war, um den Weiter Vormarsch der Feinde zu verhindern. — Zu dem Ausspruch des Herrn Reichskanzlers bildet jene Erklärung eine wertvolle Ergänzung.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

im Innern erst recht nicht.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schütten, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht.

(B)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Meine Damen und Herren! Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: wir haben weder in Paris um Intervention gebeten, noch Millionen nach Prag verschoben, noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei.

(Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischer Gedankengutes gewesen ist

(Lachen bei den Nationalsozialisten)

und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

(Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen. Es wartet auf durchgreifende Maßnahmen gegen das fürchterliche Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. —

Lachen bei den Nationalsozialisten.)

Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben.

(Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

(Wels (SPD), Abgeordneter.)

- (A) Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekenntnis, ihre ungebrochene Zuversicht — —

(Lachen bei den Nationalsozialisten. — Bravo! bei den Sozialdemokraten)

verbürgen eine hellere Zukunft.

(Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Nationalsozialisten.)

**Präsident Göring:** Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

(Stürmische Heil-Rufe von den Nationalsozialisten.)

**Hittler, Reichskanzler:** Spät kommt ihr, doch ihr kommt!

- (B) (Lebhafte Zustimmung von den Nationalsozialisten.)

Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, soeben hier verkündeten, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden.

(Seitere Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Vielleicht hätten diese Erkenntnisse, praktisch angewendet vor Jahren, die heutigen Klagen von Ihnen erspart.

Sie erklären, daß die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterschreibt, daß sie die Kriegsschuldfrage ablehnt, daß sie gegen die Reparationen sich wende. Nun erhebe ich nur die eine Frage: Wo war denn dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Deutschland hatten?

(Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Sie hatten einst die Möglichkeit, dem deutschen Volke das Gesetz des inneren Handelns vorzuschreiben. Sie haben es auch auf anderen Gebieten gekonnt. Es wäre genau so möglich gewesen, der deutschen Revolution, die von Ihnen mit ausgegangen, denselben Schwung und dieselbe Richtung zu geben, die einst Frankreich seiner Erhebung im Jahre 1870 gegeben hat.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Es wäre in Ihrem Ermessen gewesen, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen zu gestalten, und Sie hätten dann das Recht gehabt, wenn die Fahne der neuen Republik nicht siegreich zurückgekommen wäre, immerhin zu erklären: Wir haben das Äußerste getan, um diese Katastrophe durch den letzten Appell an die Kraft des deutschen Volkes abzuwenden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

In der Zeit mieden Sie den Kampf, den Sie heute in (C) Worten plötzlich der Mitwelt mitteilen wollen.

Sie sagen, daß wehrlos nicht ehrlos ist. Nein, das braucht es nicht zu sein. Auch wenn wir wehrlos sein müßten: ich weiß, wir würden nicht ehrlos sein. Unsere Bewegung war dank der Unterdrückung durch Ihre Partei jahrelang wehrlos gemacht worden, ehrlos ist sie nie gewesen.

(Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Ich bin der Überzeugung, daß wir dem deutschen Volke den Geist einimpfen werden, der es auch bei seiner heutigen Wehrlosigkeit sicherlich, Herr Abgeordneter, nicht ehrlos sein lassen wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Auch hier lag es ja an Ihnen, die Sie fast vierzehn Jahre lang die Macht besaßen haben,

(Rufe bei den Sozialdemokraten: O nein!)

dafür zu sorgen, daß dieses deutsche Volk der Welt das Beispiel einer Ehre gegeben hätte. Es lag an Ihnen, dafür zu sorgen, daß, wenn schon die äußere Welt uns unterdrückt, die Art, in der das deutsche Volk diese Unterdrückung entgegennimmt, dann aber wenigstens eine würdige ist. Sie hatten die Gelegenheit, gegen alle die Erscheinungen der Entwürdigung unseres Volkes aufzutreten. Der Landesverrat konnte von Ihnen genau so beseitigt werden, wie er von uns beseitigt werden wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

- (D) Sie haben kein Recht, diesen Anspruch überhaupt auf sich zu beziehen; denn dann hätten Sie damals, in jener Stunde, da jede Revolution Hochverrat in Latz-einheit mit Landesverrat sein mußte, zu dieser Handlung nicht, auch nicht einmal indirekt, Ihre Hand bieten dürfen. Und Sie hätten es vermeiden müssen, daß man dann dem deutschen Volke auf Wunsch und Befehl des Auslands eine neue Verfassung aufoktrobierte. Denn das ist nicht ehrenvoll, sich vom Feinde seine innere Gestaltung aufzwingen zu lassen.

(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.)

Und Sie hätten weiter sich damals zur deutschen Triflore bekennen müssen, und nicht Farben, die der Feind in Flugblättern in unsere Gräben warf,

(erneuter starker Beifall rechts)

weil man gerade in einer Zeit der Not und der Unterdrückung durch den Gegner erst recht seinen Stolz zeigen und sich erst recht zu seinem Volk und zu den Symbolen seines Volkes bekennen muß. Sie hätten dann Gelegenheit gehabt, selbst wenn die Umwelt uns gezwungen hätte, das alles preiszugeben, was uns früher hoch und heilig war, in der inneren Ausführung die nationale Ehre der Welt gegenüber in die Erscheinung treten zu lassen. Sie haben dafür kein Verständnis gehabt!

(Sehr richtig! rechts.)

Sie sagen: Gleiches Recht! So wie wir es nach außen hin wünschen, so wünschen wir es auch nach innen. Für dieses „gleiche Recht“, Herr Abgeordneter Wels, haben wir vierzehn Jahre gekämpft! Dieses

